

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Bezugspreis:**  
 Vierteljährlich 61.— M., monatlich 20.— M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20.— M., einjährig 240.— M., einschließlich der Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Westpreußen, sowie die ehemals preussischen Gebiete Ostpreußen, Osterschlesien und Posen 24.— M., für das übrige Ausland 72.— M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Böhmen, Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.  
 Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erziehung und Kriegerzeitung“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:  
**„Sozialdemokrat Berlin“**

**Anzeigenpreis:**  
 Die feinsten, besten Kompositionen kosten 2.— M. „Kleine Anzeigen“ das fertige, gedruckte Wort 3.— M. (unabhängig vom fertigen, gedruckten Wort) jedes weitere Wort 1.50 M. Stellengrüße und Geschäftsbenennungen das erste Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Preis 4.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Leertext und Leerzeilen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geschäftszeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
 Fernsprecher: Redaktion Morinplatz 15195-97  
 Expedition Morinplatz 11753-54

Donnerstag, den 16. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
 Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaktionsteilung Morinplatz 11753 54

## Vor dem Horthy-Staatsstreich.

Budapest, 16. Februar. (Intel.) Heute um 9 Uhr vormittags trat die Nationalversammlung zum letzten Male vor ihrer Auflösung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Wahlreform, die auch gestern bis spät in die Abendstunden hinein die Nationalversammlung beschäftigte, ohne daß es zu einer Verabschiedung der Regierungsvorlage kam. Spät abends machte der Abg. Karl Hujar noch einen letzten Versuch; er beantragte ein Kompromiß, wonach das Wahlrecht an die Kenntnis des Lesens und Schreibens geknüpft und die Geheimabstimmung im ganzen Land eingeführt werden sollte. Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte, daß er nicht selbständig eine Entscheidung über diesen Vorschlag fällen könnte. Er begab sich hierauf zu Horthy und teilte nach seiner Rückkehr dem Parlament mit, daß die Regierung nicht in der Lage sei, dem Kompromiß zuzustimmen. Abg. Hujar erklärte dazu im Namen der Christlichnationalen Partei, die Annahme der Regierungsvorlage mit allen Mitteln verhindern zu wollen. Es steht danach ziemlich fest, daß auch die heutige Sitzung ergebnislos bleiben und die

Regierung nach erfolgter Auflösung des Parlaments ihre Wahlreform dem Lande aufzutragen wird.

Budapest, 16. Februar. (Intel.) Der Gerichtshof von Kaposvár hat den zu der Oppositionspartei der kleinen Landwirte gehörenden Abg. Palkóczy wegen Aufreizung zum Klassenhaß, derer er sich in einer Versammlung schuldig gemacht haben soll, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

### Die Erzberger-Mörder abgefördert.

Budapest, 16. Februar. (D.A.) Wie verlautet, sind die deutschen Kriminalbeamten, die hier weilten, um nach den Mördern Erzbergers zu fahnden, ohne positives Ergebnis wieder abgereist. Festgestellt soll allerdings sein, daß Schulz und Tilleßen sich in Budapest aufgehalten haben. Ihre Spur führt nach Temesvár. Die Nachforschungen werden fortgesetzt, doch nimmt man an, daß die Mörder Ungarn bereits mit ungarischen Pässen unter falschen Namen verlassen haben.

## Die Geschlagenen.

Die große Koalition zur Errichtung eines Rechtskabinetts, die sich gestern von den Deutschen Nationalen bis zu den Kommunisten zusammengefunden hatte, hat ihre Niederlage erlitten, und ihre Presse gibt sich keine sonderliche Mühe, weder die Tatsache noch ihre namenlose Enttäuschung darüber zu verbergen. Befonderes Objekt des Hohns ist der Teil der Unabhängigen, der durch Stimmenthaltung zum Siege des Kabinetts Wirth beigetragen hat. Die Deutschen Nationalen, die so sicher auf die blindwütige Unterstützung der USP bis zum herben Ende gerechnet hatten, schreien jetzt „Verrat“ — als sei es die selbstverständliche Sache der Welt, daß doch die radikale Linke nur zur Unterstützung der Rechten da ist — und es ist ein urkomisches Schauspiel, wie sich die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Rote Fahne“ wechselseitig in der Beschimpfung des vernünftigeren Teiles der USP überbieten. Was, so fragt die „Deutsche Tageszeitung“, hat den Flügel der Unabhängigen um Breitscheid dazu bewogen, „mit einer infamen Lüge“ das Kabinett Wirth zu retten, und sie antwortet darauf:

Diese Leute rechneten wohl damit, daß eine bürgerlich orientierte Regierung, die gezwungen war, sich auf die Rechte zu stützen, an Stelle der bisherigen treten würde. Von einer solchen Regierung aber versprochen sie sich für ihre Parteiziele in doppelter Hinsicht nichts Gutes. Einmal wäre ihnen auf solche Weise wohl ein wenig die jetzt unbeschränkte Möglichkeit zur revolutionären Agitation und zum Terror gelegt worden, zum anderen hätte es ja dann auch dahin kommen können, daß wirklich etwas staatsmännischer als bisher regiert und damit jenem Zustande ein Ende betetelt würde, der durch seine Unordnung der radikalen Linken Gelegenheit verschafft, ungestört im Trüben zu fischen.

Weil eine solche Rechtsregierung im Reich nach dem bayerischen Muster Kahr-Pöchner durch die gestrige Abstimmung verhindert worden ist, nennt die „Rote Fahne“ das Ergebnis eine „Niederlage des Proletariats“ und verflucht feierlich die 24 Unabhängigen, die durch ihre Stimmenthaltung „auf den Willen des gesamten Proletariats gepiffen“ hätten. Das deutsche Proletariat hat aber gar nicht so perverse Reaktionen wie die Hanswürste in der „Roten Fahne“, daß es durchaus eine Terror-Regierung der Rechten über sich sehen möchte.

Während also der Schmerz der Kommunisten nur darüber laut wird, daß es ihnen nicht gelungen ist, der Reaktion in den Sattel zu helfen, sind natürlich die Sorgen derer anders, die sich selbst in den Sattel schwingen wollten. Kommunisten und Deutsche Nationalen sind geschlagene Hilfskrieger, die eigentliche Besiegte ist die Deutsche Volkspartei. Mit rückhaltloser Offenheit wird ihr das in der demokratischen Presse bescheinigt.

Die Politik der Deutschen Volkspartei hat kläglich Schiffbruch erlitten, konstatiert Erich Dombrowski im „B.L.“. Und dieses Blatt, in dem mitunter recht heftig Stimmung für die große Koalition gemacht worden ist, freut sich jetzt, daß die „oft allzu zarte und gefällige Rücksicht auf die Deutsche Volkspartei“ durch die gestrige Entscheidung einen Dämpfer bekommen hat. Auch in der „Voss. Ztg.“ muß sich die Volkspartei von Georg Bernhard sehr bittere Worte über ihre Taktik sagen lassen. Ja, es ist charakteristisch, daß sogar ein Blatt der Deutschen Volkspartei selber, die „D. U. Z.“, deren Kagenjammerstimme wir schon gestern konstatierten, eine Betrachtung der Abstimmung anstellt, die eine scharfe Beurteilung der eigenen Fraktionspolitik enthält. Sie schreibt nämlich:

„Eins muß zunächst zugestanden werden: Eine Kabinettskrise in der jetzigen Zeit hätte für Deutschland eine äußerst schwierige Lage geschaffen. Fiel das Kabinett Wirth, so hätten selbstverständlich die drei jetzigen Koalitionsparteien ein neues Kabinett nicht bilden können. Und weder die Rechte noch die Linke — ganz abgesehen davon, daß weder ein Kabinett der Rechten noch ein Kabinett der Linken zurzeit überhaupt möglich erscheint — verfügt über eine Mehrheit im Reichstag. Man hätte also eine neue Koalition suchen müssen. Aber wie und wo? Auf diese Fragen die Antwort zu geben, ist so gut wie unmöglich. ... Wir hätten also vor einem absoluten Vakuum gestanden. Vor einem Vakuum, das um so weniger ertragbar war, weil Genua bevorstand.“

Und die Deutsche Volkspartei war es, die eine solche unerträgliche Lage zu schaffen in jeder Weise sich bemühte. Diese Schlussfolgerung wird von der „D. U. Z.“ zwar nicht ausgesprochen, jedoch sie ergibt sich für jeden intelligenten Leser von selbst.

Aber der Artikel der „D. U. Z.“ hat noch eine andere Tendenz. Man nimmt den einst so verpönten „Rechenstift“ zur Hand und rechnet dem Reichskanzler Wirth nach, daß seine Mehrheit doch eigentlich zu schwach, seine Koalition nicht tragfähig sei. Mit noch größerer Hartnäckigkeit betreibt dies Geschäft das andere volksparteiliche Blatt „Die Zeit“. In der Art des zur Bordertür hinausgeworfenen Weinreißenden, der durch die Hintertür hineinpagiert, als ob gar nichts geschehen

## Genua und Cannes.

Der italienische Botschafter in London hat der britischen Regierung die Erklärung der italienischen Regierung überbracht, daß sie die Eröffnung der Genueser Konferenz am 8. März wünsche. Von der Anwesenheit des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. Beneš in London aber kann man vermuten, daß sie Frankreichs Wunsch nach Verschiebung der Konferenz unterstützen soll, zumal dies ja auch der Wunsch der Kleinen Entente ist. Die italienische Presse zeigt immer deutlicher ihre Verstimmung über die französischen Wanders, die eine Verschiebung der Konferenz in Genua erreichen wollen. Der Grund der auffallenden Verstimmung in Rom ist, daß man eine Sabotage der ganzen Konferenz von französischer Seite befürchtet. In wohlunterrichteten römischen diplomatischen Kreisen will man wissen, daß Poincaré am liebsten sehen würde, wenn die Konferenz überhaupt nicht zustande käme und daß er die Verschiebung der Konferenz nur deshalb betreiben, weil er hoffe, in den drei Monaten die Konferenz dann überhaupt zum Scheitern bringen zu können.

„Daily Telegraph“ berichtet, daß die im Obersten Rat vertretenen Regierungen ein vorläufiges Übereinkommen über die Methode der Behandlung der deutschen Reparationen im laufenden Jahr erzielt zu haben scheinen. Die Festsetzung des Umfangs und des Zeitpunktes der Vorzahlungen und der Lieferungen in Waren soll der Reparationskommission überlassen werden. Die Annahme dieses vorläufigen Poincarés durch die Alliierten Frankreichs sei jedoch Bedingungen unterworfen, deren Ergebnis die Aufrechterhaltung der Grundzüge des in Cannes ausgearbeiteten verhandlungsweisen Abkommens sein werde. Wenn daher die Reparationskommission zuankunft eines Teilmoratoriums für Deutschland Beschluß fassen sollte, so würde die Verteilung der dabei für die verschiedenen Alliierten entstehenden Opfer auf in Cannes festgelegter Grundlage erfolgen (wonach Frankreich nichts zu opfern braucht); außerdem sei man der Ansicht, daß es Sache der alliierten Regierungen und nicht der Reparationskommission sei, die Einzelheiten der Zuweisung der Reparationsbeträge an die Alliierten zu regeln.

In der französischen Kammer hat der Rechtssozialist Aubriot folgende, wohl kaum sehr aussichtsreiche, Resolution eingebracht:

Die Kammer fordert die Regierung auf, sowohl den alliierten Regierungen wie den Regierungen der anderen Länder einen Finanzplan vorzulegen, der vorschlägt, 1. die Schuldforderung der Alliierten an Deutschland so, wie sie in ihren Verpflichtungen, ihren Garantien und ihrer Gesamtsumme durch den Vertrag von Versailles und durch die Entschlüsse der Reparationskommission bestimmt und festgelegt ist, an den Völkern und zu übertragen, 2. durch den Völkerbund ein internationales Bankinstitut zu schaffen, das beauftragt wird, ein durch die deutsche Schuld garantiertes internationales Geld in Umlauf zu setzen und die Verteilung dieses Geldes an die interalliierten Staaten nach Maßgabe ihrer Rechte zu sichern sowie seine Tilgung durch eine Abgabe auf die jährliche deutsche Ausfuhr zu betreiben.

Die belgische Kommerkommission für auswärtige Angelegenheiten setzte die Bedingungen fest, unter denen Belgien an der Konferenz von Genua teilzunehmen gedenkt. U. a. werden Garantien verlangt, daß in wesentlichen Problemen, die in Genua zur Behandlung und Entscheidung kommen, ein vorheriges Einvernehmen zwischen allen Alliierten erzielt werde.

Der belgische Außenminister Jaspar hat bei der englischen Regierung wichtige Änderungen des belgisch-englischen Garantievertrages erreicht. Die Dauer des Vertrages wird auf 50 Jahre festgelegt. Der Vertrag wird nur dann wirksam, wenn Belgien sich einem von Deutschland provo-

zierten Angriff ausgesetzt sieht, nicht aber bei jedem Angriff schlechtweg. Das Recht Englands, die auswärtige Politik Belgiens zu beeinflussen, ist ausgeschlossen. Bisher sah der Artikel 3 des Vertragsentwurfs vor, daß Belgien keinerlei Abmachungen treffen konnte, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des englisch-belgischen Vertrages standen.

## Frankreich und Rußland.

Dem Vertreter des „Rufpreß“ wurde in der hiesigen französischen Gesandtschaft erklärt, daß die Gesandtschaft bisher keinerlei Bestätigung über den Abschluß eines Abkommens erhalten habe und daß sie an die Möglichkeit eines solchen Abkommens vorerst überhaupt nicht glaube.

Da jedoch das Dementi nicht in kategorischer Form abgegeben wurde, so ist anzunehmen, daß jedenfalls zurzeit Verhandlungen stattfinden, die sich auf der Grundlage des in der Presse veröffentlichten Entwurfs eines Abkommens bewegen.

## Keine deutsche Schuld in Petersburg.

In dem Bericht an die Reichsregierung über seine Feststellungen in Schlesien führt Staatssekretär a. D. Peters aus, es sei in mehrfacher eingehenden Besprechungen mit dem Oberpräsidenten, dem Stellvertreter des Regierungspräsidenten in Breslau, dem Regierungspräsidenten des unter deutscher Verwaltung stehenden Teiles des Regierungsbezirks Oppeln, dem Polizeipräsidenten von Breslau sowie mit dem Kommandeur der 2. Kavalleriedivision und Offizieren seines Stabes wurde zweifelsfrei festgestellt, daß keine leitende zivile oder militärische Stelle irgendwie direkt oder indirekt an den Vorgängen in Petersburg beteiligt war oder auch nur von irgendeiner geplanten Unternehmung im besetzten Gebiet Kenntnis gehabt hatte. In einer mehrtägigen Reise durch die Landreise haben sich durch Befragung der Landräte und Bürgermeister und auch der Gemeindeorgane, Landjäger und Grenzpolizisten keinerlei Anzeichen dafür ergeben, daß irgend welche Waffentransporte nach dem besetzten Gebiet stattfinden. Besonders eingehend ist Staatssekretär Dr. Peters der Frage nachgegangen, ob die Leiterschaft in Oberschlesien abtransportierten und im unbesetzten Gebiet untergebrachten Selbstschutzformationen noch in irgendeiner Form existieren und mit den fraglichen Vorfällen in Verbindung gebracht werden könnten. Das Ergebnis war durchaus negativ, alle diese Formationen, Arbeitsgemeinschaften usw. sind verschwunden. Das Ergebnis der fünfjährigen Untersuchung ist daher dahin zusammenzufassen, daß die Vorfälle in Oberschlesien in keiner Weise mit irgendeiner Behörde oder Organisation oder privaten Unternehmung außerhalb des besetzten Gebietes in Verbindung gebracht werden können. Die Ermittlungen wurde dadurch erschwert, daß die Interalliierte Kommission in Oppeln der Bitte der deutschen Regierung um Mitteilung der Untersuchungsergebnisse der interalliierten Behörden bisher nicht entsprochen hat.

## Effektenhaufe an der Börse.

Heute fanden am Berliner Devisenmarkt nur unbedeutende Umsätze statt. Der Dollar hielt sich auf 199 bis 200. Um so lebhafter ging es an der Effektenbörse zu. Die Nachricht, daß ein Londoner Konsortium an deutsche und tschechische Besitzer von Laurahütte ein Angebot von 50 Pfund Sterling für die 1200-Mark-Aktie gemacht habe, was einer Bewertung von mehr als 40 000 Mark entspricht, rief eine explosive Steigerung der ober-schlesischen Werte hervor. Laurahütte gewann 500 Proz. Die übrigen ober-schlesischen Werte stiegen durchweg um 100 bis 200 Proz. Diese Haufe wirkte naturgemäß auf den gesamten Effektenmarkt zurück. Während man im vorigen Sommer den sogenannten Sach- oder Goldwert der Industriepapiere als Maßstab annahm, betrachtet man sie heute unter dem Gesichtspunkt, ob das Ausland für sie Interesse haben könnte.

sei, fängt „Die Zeit“ wieder an, sich zur „großen Koalition“ anzubiedern. Sie schreibt:

Die Negierung Wirth kann weiterregieren; aber sie wird aus den Vorgängen der letzten Tage hoffentlich allerhand Nützliches gelernt haben. Zunächst dürfte auch Herr Dr. Wirth sich in die klare Erkenntnis eingearbeitet haben, daß Sicherheit und Stetigkeit der Regierung sich nur auf breiterer Basis errichten läßt, als er sie ihr bisher gegeben, und daß er eine Partei, die sachlich mitzuarbeiten gewillt ist, auch wenn sie nicht in der Regierung sitzt, nicht wie eine verpfändete Hilfsgruppe zu behandeln hat, die mitzutaten, aber „nig lau leggen“ hat.

Die Art, wie hier genau zwölf Stunden nach mißglücktem Ministersturz Herr Wirth die Freundschaftspolize hingestellt wird, ist so widerlich und unmännlich, daß die öffentliche Zurschaufstellung derartiger Verwerflichkeiten eigentlich polizeilich verboten werden sollte. Und was soll die Beteuerung, man wolle sachlich mitarbeiten, in einem Augenblick, wo das andere Parteiblatt der D. V. ihr bescheinigt, daß ihre Politik darauf ausging, das Deutsche Reich in eine untragliche und unerträgliche Situation zu bringen. Es wäre schon ein Gebot rein faktischer Klugheit, wenn nach solchen Hebelnleistungen die Deutsche Volkspartei zunächst einmal sich das Wort gäbe, drei Monate lang von Verbreiterung der Regierungsbasis, großer Koalition und ähnlichen Dingen nicht mehr zu reden. Schließlich muß man doch, um in die Regierung zu kommen, andere Taten aufzuweisen haben, als den mißglückten Versuch, das Deutsche Reich in eine Katastrophe zu stürzen.

Die Vernichtung der volksparteilichen Presse, den Sieg des Kabinetts Wirth in eine Niederlage umzuformulieren, findet übrigens kaum irgendwo Unterstützung, mit Ausnahme natürlich der „Kölnischen Zeitung“, die auch hier hinter Herrn Stinnes herlaufen muß, indem sie der Volkspartei versichert, daß „nur in der Ebert-Republik eine Regierung mit einer so geringen Mehrheit“ weiterbestehen könnte. Aber sonst macht selbst ein Blatt wie der „Lokal-Anzeiger“, das sicher doch der Volkspartei nicht unfreundlich gesinnt ist, dieses Spiel nicht mit und beschämt dem Reichskanzler Wirth einen glatten Sieg, der um so beachtenswerter sei, als die Regierungsparolen diesen Sieg ohne Hilfsgruppen aus der Rechtsopposition und ohne wesentliche Hilfsgruppen aus der Linksopposition erfochten habe.

### Wenn Stegerwald Kanzler wäre...

Preußens ehemaliger Ministerpräsident, Adam Stegerwald, hat gestern in Halle in einer Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes gesprochen. Ein Bericht-erstatte der „Halleischen Nachrichten“ hat sich bei dieser Gelegenheit von ihm eine Reihe Fragen beantworten lassen, von denen eine wegen der dazu gehörenden Antwort uns besonders lebhaft interessiert:

Frage: Wann wird die große Koalition kommen?

Antwort: Vielleicht in ganz kurzer Zeit, heute und morgen wird in Berlin wieder darüber verhandelt; wenn ich die Kansterschaft hätte, würde ich die große Koalition längst zustande gebracht haben.

Vielleicht engagiert jetzt die Deutsche Volkspartei Herrn Stegerwald mit Aussicht auf Beteiligung.

### USP. + KAG. = ?

Wie wir hören, steht der Eintritt der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft in die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie, der eigentlich schon während des Leipziger Parteitages der USP. erfolgt sollte, jetzt unmittelbar bevor. Bekanntlich waren im Juni 1920 nur zwei Kommunisten, Levy und Clara Zetkin, in den Reichstag gewählt worden. Ein linker Flügel der USP. unter Führung von Däumig und Genossen stand aber mit seinen Auffassungen ganz auf Seite der Kommunisten und führte auf dem Parteitag von Halle die Spaltung herbei, die der USP. das Rückgrat brach. Von da ab gab es im Reichstag 28 Kommunisten als Vertreter der „Bereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands“. Diese

Vereinigung ging aber alsbald wieder in die Brüche, und die USP. spaltete sich in die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft und die KAG., welche letztere nur 11 Mann behielt und damit die Fraktionsstärke wieder verlor. Und jetzt will die USP. mit ihren 15 Mann wieder zur USP. stoßen. Dieses ganze Spiel von Vereinigung und Spaltung, Spaltung und Vereinigung, in dem sich nur noch ein Spezialist zurechtfindet, ist im Laufe von etwa fünf Vierteljahren aufgeführt worden.

Die Leute von der USP. kehren zur USP. zurück, nachdem sie diese gespalten und ruiniert haben. Sie werden durch ihre Rückkehr das, was sie an dieser Partei gesündigt haben, nicht wieder gutmachen können, denn inzwischen hat sich der innere Verfall der USP. weiter vollzogen, und sie selbst kommen bei ihrem Rückzug aus Russland nur als Offiziere ohne Mannschaften zurück.

Nur äußerste Verlegenheit kann die USP. veranlassen, den Zertrümmerern ihrer Partei die Tore wieder aufzumachen. Die große sozialrevolutionäre Partei links von der Sozialdemokratie wird ebenso eine bloße Luftspiegelung bleiben, wie die große kommunistische Partei eine gewesen ist. Denn in den Arbeitermassen fehlt es nach soviel Enttäuschungen, die ihnen von der überabulanten Linken bereitet worden sind, unwillkürlich die Erkenntnis durch, daß sie eine vernünftige Vertretung ihrer Interessen nur von der Sozialdemokratischen Partei zu erwarten haben.

Die Rückkehr der Leute, die ein Jahr lang Kommunisten gewesen sind, jetzt aber die Nase davon voll haben, zur USP., braucht nicht unbedingt eine Stärkung ihres linken Flügels zu bedeuten. Denn diese Heimkehrer haben zuviel erlebt und geschaut, als daß sie die Illusionen, mit denen sie auszugehen, heil hätten zurückbringen können. Hätten sie den Mut zu voller Aufrichtigkeit, so würden sie heute schon offen aussprechen, wie kühl und nüchtern sie über das Krispiensche Phrasengeklänge denken. Darum sind sie der USP.-Linken verdächtig, aber auch die Rechte sieht ihr Kommen ohne Freude, weil sie in ihnen die Zertrörer ihrer Partei erblickt.

Trotzdem soll nun die trübe Wiederberaterung vollzogen werden. Man hat in häuslichem Streit Teller und Töpfe zerbrochen, hat sich voll Mut und Hoch von einander getrennt und kommt nun im unwohnlich gewordenen Hause wieder zusammen ohne Liebe und ohne Hoffnung.

### Pariser Stimmen zum Reichstagsvotum.

Paris, 16. Februar. (CP.) „Deux“ (pazifistisch) schreibt: Der Kanzler verfügt nur über eine schwache Autorität. Er verdankt diese der großen Würde seines Charakters und der Loyalität, die er sich im Ausland zu erringen verstanden hat. Man kann sich fragen, ob er nach dem gestrigen Vertrauensvotum seine Autorität als genügend stark erachtet. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß große Anstrengungen gemacht werden müssen, wenn Wirth noch wenigstens bis zum Ausgang der Konferenz nach Genua die Regierung behalten will. „Echo National“ (Clemenceau-Tardieu) schreibt: Mit der gestrigen Mehrheit wird das Kabinett Wirth bis zum nächsten Zwischenfall leben können, der nicht lange auf sich warten lassen wird. Einer der Gründe für den Sieg des Kanzlers ist der, daß man ihn für fähig hält, in der gegenwärtigen Lage gemeinsam mit Dr. Rathenau nennenswerte Vorteile aus der Konferenz von Genua zu ziehen. Das Kabinett Wirth hat in Cannes Vorteile errungen, es erwartet noch größere in Genua. Mit einem Kabinett der Rechten würde diese Annahme Hoffnung zerstört. Aus diesem Grunde ist Wirth noch nicht gefallen. „Gaulois“ (nationalistisch-reaktionär) sagt: 28 Stimmen Mehrheit ist gewiß kein glänzender Sieg für das Kabinett Wirth. Aber es ist gleichwohl ein genügender Erfolg, um ihm zu gestatten, noch während einiger Monate zu leben. Wirth verdankt diese Mehrheit seiner geschickten parlamentarischen Diplomatie. Die äußere Lage hat den Interessen des Kabinetts gedient. Wenn Wirth und vor allem Rathenau gestürzt worden wären, so wären damit die Ergebnisse von Cannes und die Hoffnungen von Genua unrettbar kompromittiert worden. Wirth ist eine unergiebliche Schutzwand, hinter der sich Deutschland erholen und kräftigen kann. „Echo de Paris“ (Re-

gierungsblatt) führt aus: Die deutsche Regierung wird ohne Zweifel versuchen, den schlechten Eindruck, der durch das gestrige Votum im Ausland hervorgerufen werden wird, auszugleichen. Es wird versuchen, eine große Mehrheit in irgendeiner anderen Frage der Außenpolitik zu erlangen. Aber das Kabinett Wirth in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ist gleichwohl schwer getroffen.

### Die gleitende Lohnskala.

Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten fand am Donnerstag im Beisein verschiedener Spitzenorganisationen der interessierten Kreise eine Besprechung über die Frage der gleitenden Lohn- und Gehaltskala statt. — Der Vorsitzende Abg. Degler (Drais) berichtete über den Stand der sachlichen Vorbereitung der Frage und die Stellungnahme der Sachverständigen. — Der Vertreter des Reichsstadtbundes bestricherte den Gedanken, das System der gleitenden Skala mit dem jetzt bestehenden Beförderungssystem in Verbindung zu bringen. Schwierig sei die Bestimmung der Indizes. Die gleitende Lohn- und Gehaltskala sei aber geeignet, eine gewisse Ruhe und Stabilität wenigstens für geraume Zeit zu schaffen. — Der Vertreter des Reichsarbeiterverbandes der deutschen Kommunalverbände und des Deutschen Städtebundes betonte, daß die Frage des Existenzminimums einer eingehenden Nachprüfung bedürfe. Man sei schon auf dem Wege zur gleitenden Lohnskala durch die Kurzfristigkeit der Lohnverträge. Man brauche sich nicht durch die fehlgeschlagenen Versuche abschrecken zu lassen. Es ließe sich die Lösung denken, daß man den ganzen Apparat in Bewegung setzte und den Bezirken die besondere Regelung überlasse. — Der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes legte zunächst die Schwierigkeit dar, den Begriff des Existenzminimums festzulegen. Die gewerkschaftlichen Organisationen würden seiner Meinung nach nicht gegen die Einführung einer gleitenden Lohnskala sein. Aber neben den Vorteilen seien mit einem solchen Verfahren auch Nachteile verknüpft. Eine große Schwierigkeit erblicke der Redner in der Berücksichtigung der verschiedenen örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die eine zentrale Regelung beeinträchtigen. Wie ein solcher Apparat funktionieren werde, sei fraglich. Den unteren und mittleren Beförderungsklassen müsse in erster Linie durch eine Regelung des Grundgehaltes geholfen werden.

### Die übliche Vertuschung.

Der Marinechef Wörwit wurde in einem Teil der Presse vorgeworfen, daß sie eine Kaisergeburtstagsfeier nach altem Brauch am 27. Januar abgehalten habe. Es sei eine Rede auf den Kaiser gehalten und anschließend „Heil dir im Siegerkranz“ gespielt worden. Hierzu erzählt Korrespondenz B. S. von zuverlässiger Seite:

Der Vizeadmiral a. D. v. Manley hielt am 27. Januar, wie allmonatlich, einen feierlichen Vortrag in der Aula der Marineschule. Das Thema lautete: „Das Kreuzergeschwader“. Es nahmen neben der Garnison Wörwit mit ihren Angehörigen eine Anzahl Offiziere und Mannschaften des Flottenbürger Reichwehrtroffens teil. Besonders starke Beteiligung ist an diesem Tage nicht zu verzeichnen gewesen. Am Schluß seines Vortrages kam der Admiral auf die moralischen Werte der Besatzungen des Kreuzergeschwaders zu sprechen und betonte die Art ihres heldenhafte Sterbens. Anschließend gab er seiner persönlichen Ansicht über die Frage der Schuld am Kriegsausbruch dahin Ausdruck, daß er es für ein Unrecht hielt, den ehemaligen Kaiser allein verantwortlich zu machen. Der Vortrag klang aus in die Aufforderung, treu wie die Besatzungen des Kreuzergeschwaders für den deutschen Seegebanten zu arbeiten. Nach dem Vortrag waren wie üblich zahlreiche Offiziere der Garnison mit ihren Gästen in der Offiziersmesse der Marineschule zusammen. Dort spielten sieben Mann der Katolikenmusik Marsche, Volkslieder und Länze. Die ehemalige Nationalhymne wurde nicht gespielt, wohl aber der Preußenmarsch, in dem, wie bekannt sein dürfte, einige Takte an die ehemalige Nationalhymne erinnern.

Wir vermischen in dieser Erzählung noch den Hinweis, daß plötzlich ein unbekannter Mann erschienen sei und ein Kaiserhoch ausgebracht hätte. Die Anwesenden seien zwar aufgestanden, aber nicht wegen des Kaiserhochs, sondern weil sie gerade nach der Toilette gehen wollten usw. usw. In dieser Manier läßt sich vortrefflich alles in Harmlosigkeit aufblenden.

### Anti-Kapitalismus vor 400 Jahren.

Gerade vierhundert Jahre sind es in diesen Tagen, daß die ganz gleiche Aufregung wie heute sich unseres Volkes bemächtigt hatte, daß sich sozialistisch-kommunistische Gemeinden bildeten, die den Kapitalismus mit dem Geiße und durch die Tat niederringen wollten. Nur sprach man damals nicht von Kapitalisten, sondern von Monopolisten. Nur meinte man damals nicht die Stinnes und Thyssen, sondern die Fugger, Welser und Hochstetter. Heute tritt ein Reichswirtschaftsrat zusammen, der die Beschlüsse der Sozialisierungskommission entgegennimmt; damals beriet ein Ausschuß, der sein Gutachten dem Reichstag vorlegte. Heute ist die Tatsache, daß eine Aktiengesellschaft einen doppelt so großen Gewinn hat, wie ihre Aktienkapital beträgt, Ausgangspunkt einer großen Auseinandersetzung; damals entstand eine Diskussion darüber, daß einer mit einer Einlage von 500 Gulden innerhalb weniger Jahre einen Gewinn von 33 000 Gulden gemacht hätte. Und Martin Luther predigte, er könne es nicht verstehen, wie so ein Fugger aus einem Gulden so viele machen dürfe. Wir erlebten das Verleumdungsstrafrecht mit seinen verschiedenen Vorurteilen über industrielle und kaufmännische Zwangswirtschaft. Am Anfang des 16. Jahrhunderts erließ der Reichstag von Köln ein Verbot gegen die „schädlichen Handlungen und Fälschungen“. Wer den Versuch machte, die Waren irgendeiner Gattung in eine Hand zu bringen oder mit dem Verkäufer auszumachen, daß dieser seine Ware keinem anderem oder nur zu einem höheren Preis geben dürfe, riskierte die Konfiskation seiner Ware.

So beschloß der Reichstag. Aber dabei hatte es auch sein Verwenden, weil der Kaiser an dem günstigen Stand der Handelsgesellschaften interessiert war wie die Städte; parallel die Erscheinung in neuerer Zeit: die kaiserliche Regierung brauchte die Industrie, und die Blüte der Städte beruhte auf der günstigsten finanziellen Entwicklung der privaten Unternehmungen. Man kann sich darum leicht vorstellen, wie ein Gutachten ausgefallen sein mag, das der Rat der Reichsstadt Augsburg über die Handelsgesellschaften an den Reichstag zu gehen hatte. Was nur zur Verteidigung und Empfehlung der Unternehmungen der Fugger, Welser usw. zusammengetragen werden konnte, hat der gelehrte Stadtschreiber Dr. Conrad Peutinger, einer der kundigsten und bekanntesten Männer seiner Zeit, angeführt. Peutinger ging in seiner Verteidigung der Monopolisten sogar so weit, zu sagen: Wenn es möglich wäre, alle Metalle in eine Hand zu bringen, so wäre das noch kein gemeinschaftliches Monopol. Vielmehr, je teurer sie verkauft und je höher der Preis gehalten würde, um so besser könnten die Bergwerke als eine einzige große Gottesgabe in standgehalten werden. Peutinger läßt es auch nicht gelten, daß die Riesengewinne der Handelsgesellschaften zu Luxus und Aufruhr Anlaß gäben. Der gemeine Mann zieht fast überall von vermöglichen Deuten seine Nahrung und habe darum eher Ur-

sache, die reichen Gesellschaften zu preisen, als sich über sie zu beschweren. Die Tatsache des Aufruhrs konnte aber nun doch nicht gelehrt werden, und so ist in dem Gutachten der Stadt Augsburg zu lesen: „Aus welchen anderen Beweggründen aber sonst Aufruhr entsteht worden ist, ist nicht unbekannt.“ Soziale und sozialrevolutionäre Bewegungen waren an der Tagesordnung; sie entstehen nicht bei wirtschaftlicher Zufriedenheit des gemeinen Mannes. Der Ausschuß der Reichsstände wußte das auch sehr wohl und sah besondere Maßnahmen gegen die Handelsgesellschaften ins Auge. Fürs erste sollte das Geschäftskapital einer Handelsgesellschaft oder eines einzelnen Kaufmanns nicht über 50 000 Gulden betragen und niemand sollte mehr als drei Handelslager haben dürfen. Zum anderen sollte eidlich versichert werden, daß das Kapital nicht mehr als 50 000 Gulden betrage, und zum dritten: damit nicht durch eigenen Gewinn, Aufborgen der Ware oder sonst das Kapital über 50 000 Gulden vermehrt werde, so sollte alle zwei Jahre Abrechnung gehalten, der Gewinn ausgeteilt und von geschickter Abrechnung (Bilanzzwang!) und Ausweisung der Obrigkeit unter Eidspflicht Anzeige gemacht werden. Auch alle Kapitalbeteiligungen sollten verboten sein; eilichen Waren war ein fester Preis zu setzen.

Über wenn das auch alles durchgeführt worden wäre, die Unruhen wären Tatsache geblieben. Die Vertreibung der Waren würde durch fremde Kaufleute erfolgt sein, wenn überhaupt fremde Waren nach Deutschland eingeführt worden wären. Und schließlich hätten die deutschen Handelsgesellschaften und Großkaufleute schon Mittel und Wege gesehen, auch trotz den Verbotten Geschäfte zu machen. Doch das Ende dieses frühkapitalistischen Zeitalters kam. Mit dem Zusammenbruch der kaiserlichen Macht fiel auch die mit ihr eng verbundene finanzielle Macht der schwäbischen und fränkischen Monopolisten des 15. und 16. Jahrhunderts. Spätere Entwicklung schuf dem Kapitalismus neue Lebensbedingungen.

Konzert des Berliner Kerkel-Chors und -Orchesters. Mit zwei anspruchsvollen Werken treten der Chor und das Orchester der Berliner Kerkel in der Hochschule auf den Plan. Die gehaltvolle Kantate „Ein feste Burg ist unser Gott“ des Bach-Zeitgenossen Ph. Krieger und die C-dur-Messe (op. 80) von Beethoven pflegen keine Aufgaben für Liebhaber zu sein, namentlich was den orchestralen Teil angeht. Die Kantate, die derbestimmten Chor vor kurzer Zeit wieder ausgeführt wurde, in ihrem strengen, kontrapunktischen Stil wollte denn auch etwas zu sehr nach pädagogischer Dressur schmecken. Um so bewundernswerter aber bewältigten Chor und Orchester unter ihrem temperamentoollen, fähigsten Dirigenten Dr. Kurt Singer (für das Orchester zeichnete Karl Zimmer) die herrliche Messe Beethovens, die selbst durch das Kleinvermögen der missa solennis nicht merkwürdig verdunkelt wird. Das Ringen italienischer Kontralt (die schönsten Blüten liegen im Solopart) und deutscher Ausdruckskraft in geistigem Sinn tritt kaum irgendwo, selbst bei Beethoven, so lieferregend und fortwährend interessierend

in Erscheinung. Und Dirigent und Mitwirkende konnten auf ihrem Erfolg stolz sein, der aus dem Innersten des gewählten Publikums kam. Auch das Soloquertett war aufs sorgfältigste ausgewählt. Kamenlich der feine, weiche Sopran der Frau Susanne Vandersberg-Holländer und der schon timbrische Tenor des Herrn Robert Hüll waren im Quartett die denkbar harmonischsten Gegenpunkte, unterstützt durch den firmen, wenn auch etwas starren Bass Hans Hermann Nissen und Frau Hedwig Raabe-Griesel, die aber mit ihrer fachen, nicht sehr freien Tongebung etwas läßt läßt. H. M.

Troyon und Delacroix in der Nationalgalerie. Die Berliner Nationalgalerie hat eine kostbare Schenkung erhalten, zwei Bilder von Hausmalern des 19. Jahrhunderts aus Frankreich, Delacroix von Hauptmeister des 19. Jahrhunderts aus Frankreich, Delacroix die in der Geschichte der Galerie eine traurige Verhinderung hat. Hugo von Schudt erwarb mehrere französische Werke von Meistern, die in der Galerie bisher nicht vertreten waren, und Berliner Kunstfreunde erklärten sich bereit, die Mittel für die Erwerbungen zur Verfügung zu stellen. Die Ankäufe fanden aber nicht die Zustimmung des Kaisers, und das war der letzte Anlaß, um dem verdienstvollen Leiter der Galerie die Weiterarbeit hier unmöglich zu machen. Die Bilder aber blieben im Besitze der Berliner Kunstfreunde, die die Mittel dafür ausgebracht hatten, und nun konnten wenigstens zwei davon als Schenkungen der Sammlung gesichert werden. Troyon, der große Tiermaler der Generation von 1830, der in der Sammlung bisher nicht vertreten war, zieht nun hier mit einem großen Werke ein: einem Juwele von Tieren in abendlicher Landschaft. Noch bedeutender für die Nationalgalerie ist der Gewinn eines großen Delacroix. Es ist eine seiner Fassungen der „Medea“, jenes Hauptbildes, um dessen Gestaltung sich der Meister Jahrzehnte hindurch bemüht hat. Das Berliner Bild ist 1839 entstanden. Es ist durch eine besonders glänzende materielle Behandlung ausgezeichnet. Die Würdevoll ihrer Kinder erscheint in poetischer Bewegung, ihr strahlendes Kleid und das blaue Blau und Grün ihrer Gewandung in dem flackernden Licht geben der Szene die imponierende Gewalt. Die beiden Werke werden voraussichtlich demnächst bei der Neuordnung des zweiten Stockes der Galerie zur Ausstellung kommen.

Ein Auser über deutsche Literatur. Komtur Sartor, ein fähiger Schriftsteller aus Indien, hält Freitag, 6/., Uhr, im Zoologischen Botanik der Universität einen Vortrag über: „Die deutschen Klassiker, betrachtet vom indischen Standpunkt“.

Zurück Kiel, der bekannte Kunsthändler, ist in Kiel im Alter von 90 Jahren gestorben. Er hat für die Geltung der französischen Malerei des 19. Jahrhunderts soviel wie wenig andere getan. Mit seinem Bilde setzte er sich für zwei Künstlerkreise insbesondere ein: für die Meister von Valenciennes, mit Millet, Corot, Roussin, Daubigny, und dann für die großen Impressionisten der Generation von 1870. Von seinem Vater hatte er einen kleinen Kunstladen geerbt und ihn erweitert er zu seinem berühmten Vorker Hause. Nach dem Kriege von 1870 gründete er eine Filiale in Amerika.

Das „Gauklerleben“ der „Schule Strumann“ Arbeit, wie alljährlich Nationaltag, den 28. Februar, in den Festsälen des Zoologischen Gartens Kiel.

## Die Reichsgewerkschaft warnt.

Die Landesstelle Baden der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner nahm eine Entschliebung an, in der es heißt, daß nach zuverlässigen Mitteilungen die beim Streckenbruch vom Reichsanwalt gegebenen Zusagen nicht eingehalten würden. Es seien einige Direktionsbezirke bekannt, in denen mehr als 1000 Maßregelungen stattgefunden hätten. Die Erregung der Eisenbahner sei dadurch aufs höchste gestiegen. Falls die Vereinbarungen nicht eingehalten werden sollten, seien die Gewerkschaften nicht mehr in der Lage, für die ersten Folgen die Verantwortung zu übernehmen.

## Teuerungszulagen für Beamte in Hessen.

Der Finanzausschuß des hessischen Landtages stimmte heute einer Regierungsvorlage zu, die gemäß der Regelung im Reichs-Teuerungszulagen für die Beamten für die ersten 10 000 M. von 20 auf 40 Proz. erhöht; jedoch beschloß der Ausschuß, daß die Erhöhung nur den Beamten mit einem Grundgehalt bis zu 50 000 M. gewährt werden soll. Ferner wurden 2 486 000 M. bewilligt zur Verbesserung der Wasserversorgung bedürftiger Städte und Gemeinden.

## Dithmars Flucht.

Auf eine kleine Anfrage im Preussischen Landtage über die Flucht des Oberleutnants Dithmar aus dem Raumburger Gerichtsgesamnis erteilt der preussische Justizminister folgende Antwort:

Dithmar war im dritten Stockwerk des Gerichtsgefängnisses in Raumburg in Einzelhaft untergebracht. Die Innenhöfe wurden in der Nacht von zwei Strafanstaltsbeamten begangen, von außen kontrollierten in etwa einstufigen Zwischenräumen Beamte der Schutzpolizei um die Gefängnismauer. Nach Auffassung des Vertreters des Oberstaatsanwalts, der das Gefängnis am 22. Dezember 1921 besucht hat, sind damals die Sicherheitsmaßnahmen durchaus ausreichend gewesen.

Die Flucht ist in der Zeit von 1 Uhr bis 1 Uhr 20 Minuten nachts ausgeführt, nachdem die Innenhöfe zuletzt um 1/4 vor 1 Uhr und die Außenmauern um 3 Minuten vor 1 Uhr abgegangen worden waren. Dithmar hat mit 4 Gefährlichen, deren Herkunft noch nicht ermittelt ist, das Gitter seiner Zelle durchschlagen, sich dann an einem aus Holz und Bindfaden selbstgefertigten Strick herabgelassen und ist mit einer Leiter und einem Seile, welche die Wächter herbeigebracht hatten, über die Mauer entwichen.

Bisher liegen keine Anhaltspunkte für ein Verbrechen eines Strafanstaltsbeamten vor. Ein bestimmtes Urteil läßt sich erst nach Abschluß der eingehendsten Ermittlungsverfahren, die mit Nachdruck betrieben werden, abgeben. Die Kriminalpolizei verfolgt mit besonderer Aufmerksamkeit alle Spuren, die auf Verbrechen gegen ein Entkommen Dithmars ins Ausland getroffen.

## Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 1. Februar 1923 den zur Ausführung von § 70 des Betriebsrätegesetzes vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Nach dem Gesetz sind die Betriebsräte berechtigt, in die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit ein oder zwei Betriebsratsmitglieder zu entsenden, und zwar zwei Mitglieder dort, wo Arbeiter und Angestellte in dem Betriebsrat oder den Betriebsräten des Unternehmens vertreten sind, oder wo der Aufsichtsrat des Unternehmens nach dem Gesellschaftsvertrag mehr als drei Mitglieder zählt, sonst ein Mitglied. Die von den Betriebsräten entsandten Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die übrigen Aufsichtsratsmitglieder. Sie werden von den Mitgliedern des zum Unternehmen gehörenden Betriebsrates gewählt. Wo zwei Mitglieder zu wählen sind, kann die in der Wahlperiode befindliche Gruppe der wahlberechtigten Arbeitnehmer, also je nach Lage des Falles die Arbeiter oder die Angestellten, die Wahl eines Vertreters ihrer Gruppe beschließen und sich auf diese Weise vor einer Ueberstimmung durch die Angehörigen der anderen Gruppe sichern. Das Nähere über das Wahlverfahren, das binnen drei Monaten einzuführen ist, bestimmt der Reichsarbeitsminister. Die Wahlordnung wird demnächst veröffentlicht werden. Vor ihrer Veröffentlichung kann daher die Entsendung nicht stattfinden.

Um den Wünschen derjenigen Arbeiter Rechnung zu tragen, die in den zurzeit mit gewerblichen Aufsichtsräten nicht ausgestatteten Bergrechtlichen Gesellschaften beschäftigt sind, hat der Reichstag durch eine gleichzeitig angenommene Entschliebung die Reichsregierung um die Vorlage eines Gesetzes ersucht, das den Bergarbeitern eine im Sinne des Betriebsrätegesetzes gelegene Vertretung bei den bergrechtlichen Gewerkschaften gewährleistet.

## Das dritte Reichsgericht.

Aus Verwaltungsgerichtkreisen wird uns geschrieben: Neben das Reichsgericht in Leipzig und den Reichsfinanzhof in München tritt in absehbarer Zeit das Reichsverwaltungsgericht (nach Vorchrift des Artikels 107 der Reichsverfassung vom 11. August 1919). Um den Sitz und Besitz dieses künftigen dritten Reichsgerichts geht bereits zwischen einer Anzahl namhafter Städte, die berufen, aber noch nicht ausgewählt sind, der Wettbewerb. Auch um den Aufgabenkreis und die Organisation der neuen Rechtsbehörde wird der Reinigungstempel mit deutscher Gründlichkeit geführt. Was bisher in dieser Beziehung vom Standpunkt der Demokratie und des freien Volkstaates noch nicht genügendörtert wurde, ist die bei Befolgung der neuen Behörde zu streibende Personalpolitik.

Uebekümmert um den Ruf der Rechts nach Sachmännern, will sagen nach reaktionären Sachmännern, mögen hier die maßgebenden Reichsinstanzen darüber wachen, daß mindestens die leitenden Stellen des neuen Höchstgerichts, Chefspräsidium und Senatspräsidenten — unter der selbstverständlichen Voraussetzung der nötigen technischen Fähigkeit — an zuverlässige Vertreter des neuen Staatsgedankens vergeben werden. Wenn irgendwo, so ist bei dieser seltenen Gelegenheit die von Konrad Haenisch und von dem demokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Berndt-Stettin erhobene Forderung zu erfüllen, daß in Zukunft jeder namhafte Präsidentenposten mit einem überzeugungstreuen Republikaner besetzt werden muß.

## Noch ein Freikorpsmord.

Vom Bundesarbeiterrat Oldenburg wird uns mitgeteilt: Das frühere Freikorps Schutz, das anfänglich der März- und April 1920 im Ruhrgebiet tätig war und später nach Oldenburg verlegt wurde, soll sich eines schweren Verbrechens schuldig gemacht haben. Zwei Angehörige dieses Regiments, die Gefreiten Richard Müller und Hans Kronen von der 9. Kompanie des 11. hessischen Reichsmehr-Regiments 110, um bisher vollständig unbekannte Personen, sind unaufgefordert im Bureau des Landesarbeiterrates erschienen und haben im Gegenwart von Zeugen angegeben, daß nach Niederwerfung der Roten Arme ein Spiegel des Freikorps Schutz gemeldet habe, der 10jährige Arbeiter August Klumig aus Seltenkirchen sei Kompanieführer bei der Roten Arme ge-

wesen. Klumig ist dann von einigen Angehörigen des Freikorps Schutz herbeigebracht und ohne Verhör außerhalb des Ortes Hamborn erschossen worden. Da er noch Lebenszeichen von sich gab, hat der Diktator der Freikorps, früher in der 8. Kompanie des Freikorps Schutz (jetzt entlassen), dem Klumig mit einer Revolverkugel den letzten Rest gegeben. Die oben genannten Gefreiten haben dem Geübten die Papiere abgenommen und bei uns abgegeben. Wir haben an der Hand dieser Papiere die Eltern des Klumig ausfindig gemacht und uns an diese gewandt. Am 4. Oktober 1920 wählten sie nach nichts von dem Tode ihres Sohnes. Auch am 21. Januar 1922 wußten die Eltern nichts über den Verbleib ihres Sohnes. Der Bundesarbeiterrat für den Freistaat Oldenburg hat sich am 27. September 1920 an die Staatsanwaltschaft in Duisburg gewandt, ihr das Material unterbreitet, doch scheint bis heute in der Angelegenheit nichts geschehen zu sein, denn auch die Eltern des Klumig haben von der Staatsanwaltschaft keinerlei Mitteilung erhalten. Eine Beschwerde des Bundesarbeiterrates an den Herrn Reichsjustizminister vom 18. Januar d. J. ist von diesem zuständige Oberbehörde an den preussischen Justizminister weitergegeben. Es darf nunmehr wohl erwartet werden, daß etwas mehr Licht in diese dunkle Affäre hineinkommt.

## Die neue Irlandkrise.

In Belfast sind in den letzten Tagen 35 Menschen getötet und gegen 100 verwundet worden. Der irische Ministerpräsident Michael Collins erhob bei Churchill Einspruch gegen den Entschluß der englischen Regierung, die englischen Truppen weiter in Südirland zu belassen. Churchill versprach, daß die Räumung vollzogen werden soll, sobald das Gesetz über den irischen Freistaat vom Unterhaus angenommen sei. Die Beratung dieses Gesetzes wird am Donnerstag beginnen. Im Unterhaus erklärte Churchill, daß sein Vorschlag, einer Kommission die Vermittlung zwischen Nord- und Südirland zu übertragen, sowohl von dem Minister für Sir James Craig als auch von Collins angenommen worden sei. Die Freilassung von 15 gefangenen Ulsterleuten sei erreicht. Mit Rücksicht auf die durch den einseitigen Zustand in Irland hervorgerufenen Schwierigkeiten beabsichtigt die Regierung, bereits morgen die Geheimwürde über die Uebergabe der Regierungsmacht an die einseitige irische Regierung dem Hause vorzulegen.

## Auslandsrundschau.

Der Mörder des finnischen Innenministers, Kaufmann Ernst Tansilola ist Mitglied der finnischen fort-schrittlichen Partei; somit war der Mord kein Akt der Kommunisten.

Die nordamerikanischen Einwanderungsbeschränkungen sind durch Parlamentbeschluss bis zum 30. Juni 1923 verlängert.

Zur ägyptischen Frage verleiht, daß das britische Kabinett der Ansicht zu sein scheint, daß das von Sarwat-Pascha und Adly-Pascha angebotene Selbstregierungsprogramm keine Grundlage für eine Verhandlung darstellt. Im Gegenzug hierzu versicherte General Allenby, daß diese Angelegenheit England alle Sicherheit für die angestrebte Verbindung mit dem Suez-Kanal bieten.

Die Konferenz der Nachfolgestaaten Oesterreich-Ungarns in Rom hat ihre Arbeiten begonnen.

Der deutsche Kleinbesitz in Italien vor dem Zerfall sichern will, muß den Antrag bis zum 28. Februar 1923 bei den zuständigen italienischen Behörden gestellt haben.

## Das dunkle Berlin.

### Soll es noch dunkler werden?

Die letzte Sitzung des Berliner Magistrats beschäftigte sich, wie mitgeteilt, auch mit der Frage der Einschränkung der Straßenbeleuchtung, um durch den auf diesem Weg ersparten Winderverbrauch an Gas zu einer wesentlichen Ersparnis zu kommen. Während im Krieg die Kohlenmangel zu einer Einschränkung der Kohlenverbrauchs im allgemeinen geführt hat, konnte nach dem Kriege wieder an eine Vermehrung der Straßenbeleuchtung gedacht werden. Diese Vermehrung hielt sich jedoch in sehr engen Grenzen; kaum 33 v. H. aller Laternen sind zurzeit abends beleuchtet. Wird nun die Beleuchtung in Alt-Berlin, Charlottenburg usw. nochmals um 20 v. H. herabgesetzt, so würde nur noch knapp der vierte Teil aller vorhandenen Laternen brennen.

Schon während des Krieges hat die Herabsetzung der Straßenbeleuchtung eine Steigerung der Unsicherheit zur Folge gehabt und außerordentliche Maßnahmen der Polizei zur Bekämpfung der Unsicherheit auf den Straßen erforderlich gemacht. Ein besonderer Patrouillendienst wurde eingerichtet, ohne daß die Kaufüberfälle und Diebstähle wesentlich abgenommen hätten. Die zunehmende Dunkelheit im nächsten Berlin würde bei einer neuerlichen Beleuchtungseinschränkung wieder eine Vermehrung der Polizei zur Folge haben müssen. Die geringen Summen, die durch eine weitergehende Einschränkung der Straßenbeleuchtung erspart werden, bringen also auf der anderen Seite eine wesentlich größere Vermehrung der Ausgaben für den Polizeidienst. Es würden also keine Ersparnisse erzielt werden. Notwendig wäre es dagegen, die Straßenbeleuchtung in Berlin und den Außenbezirken wieder auf den Friedensstand zu bringen.

## Kartoffelwucherern zur Beachtung!

Wohl im Hinblick auf die zurzeit bis zu märchenhafter Höhe gestiegene Kartoffelsteuerung veröffentlicht der Landrat des Kreises Teltow die folgende Bekanntmachung:

Auf Veranlassung des Preussischen Staatskommissars für Volksernährung sind nach Verhandlungen mit der Landwirtschaftskammer bei jeder Provinz Ausschüsse zur Ermittlung der Kartoffelpreise gebildet, denen Vertreter der Landwirtschaft, des Kartoffelhandels, der Genossenschaften und der Verbraucher angehören. Wie der Herr Oberpräsident bekannt gibt, hat der für die Provinz Brandenburg gebildete Ausschuß am 30. Dezember 1921 bei weiteren einen Preis von 85 M. je Zentner Speisekartoffeln mittlerer Güte ab Verladestation bei Sortierung von 1 1/2 Zoll aufwärts vereinbart. Dieser Preis soll nun als Richtpreis bei behördlichen Maßnahmen gegen Preissteigerung im Kartoffelhandel dienen. In Fällen, wo dieser Preis überschritten wird, ist gegen die Beteiligten einzuschreiten. Bemerkenswert ist noch ausdrücklich, daß nach einem Erlass des Preussischen Staatskommissars für Volksernährung vom 3. d. M. die von den vorhergezeichneten Ausschüssen ermittelten und bekanntgegebenen Richtpreise ausschließlich für die Beurteilung der Frage maßgebend bleiben, ob ein bei einem Kartoffelkauf gezahlter Preis als unverschämlich anzusehen ist oder nicht.

Diese Bekanntmachung trägt das Datum des 14. Februar 1922, woraus folgt, daß der Richtpreis von 85 M. je Zentner Speisekartoffeln noch heute für die Behörden bei ihren Maßnahmen gegen Preissteigerung gilt. Dem Verbraucher freilich, der das Drei- bis Vierfache zahlen muß, dränge sich die Frage auf, ob die „Richtpreise“ ihren Namen wirklich davon haben, daß kein Wucherer sich danach richtet.

## Die komplizierte Mieterrechnung.

Das jetzt im Reichstage zur Beratung stehende Mietrechts-Gesetz bringt nach dem Entwurf dem Mieter mancherlei Vorteile, wird aber die Kompliziertheit der Mietrechtsrechnung nicht aufheben. Es kommen sogar noch einige neue Zuschläge hinzu. Die Berechnung der allmonatlich zu zahlenden Gesamtsummen wird sich ungefähr wie folgt stellen: Friedensmiete + Erhöhung (auf Antrag im Einzelfall) der Friedensmiete + jeweiliger Höchstzuschlag (mit und ohne Anwendung der Zweiwerts-Klausel) + Zuschlag für Sammelheizung und Warmwasserversorgung (wechselnd nach der Kohlenpreisenstruktur) + Zuschlag für Steigerung der Hypothekenzinsen + Zuschlag für Betriebskosten und laufende Instandsetzungsarbeiten + Zuschlag für große Instandsetzungsarbeiten + Zuschlag an Reich und Gemeinde für Wohnungsbau. Hieron ist der in der Friedensmiete enthaltene Betrag für Betriebs- und Instandsetzungsarbeiten prozentual abzuziehen, ebenso der Betrag für Sammelheizung und Warmwasser. Das Addieren und Subtrahieren wird man also bei dieser Methode auf alle Fälle nicht verlernen.

## Das Kleblatt der Fingerfertigen.

### Der neue Trick einer Geldwechselbande.

Drei internationale Geldwechselbanden, die seit einiger Zeit die Bankgeschäfte und Wechselstuben unheimlich wachsend, wurden von der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht. Drei Eingewanderte aus dem Osten, Heinrich Friedmann, Sim Jaku-bowich und Fritz Reiser aus Charlau, Lodz und Kiew, hatten sich zusammengesetzt, um auf bequeme Art zu Geld zu kommen. Zunächst betrat einer von ihnen die Wechselstube und übergab zum Austausch in deutsches Geld ein Bündchen, das 110 Dollar-Scheine enthielt. In Wirklichkeit enthielt es nur 100. Während der Kassierer das durch Nachzählen feststellte und das Bündchen zurückgab, kam der zweite Mann mit französischen Frankennoten, gleich darauf auch der dritte, um polnische Raet zu kaufen. So war der Kassierer beschäftigt und keine Aufmerksamkeit von dem ersten Kunden ablenkt. Dieser zahlte jetzt zum Schein sein Bündchen noch einmal durch, schob es dann dem Kassierer wieder hin und gab ihm zu, daß er richtig gezählt habe. Das Bündchen enthielt in der Tat nur 100-Dollarnoten. Der arbeitslose Kassierer zahlte daraufhin den entsprechenden Betrag in deutschem Geld und entdeckte erst später, daß der Kunde, während er schlief, noch einmal nachgezählt, fingerfertig 10 oder auch 15 Noten herausgenommen und eingesteckt hatte. Eine ganze Reihe von Geschäftswunden auf diese Weise von dem Kleblatt gepreßt. Die Gauner waren längst verschwunden, wenn bei der Abrechnung der Schindler ans Licht kam. Gestern oder vorgestern, einen von ihnen festzunehmen, als sie zum zweitenmal in einer Wechselstube erschienen. Sie hatten vergessen, daß sie schon einmal dazugewesen waren. Am Laufe des Tages ermittelte Beamte der Dienststelle B. 11. 5 auch die beiden anderen. Sie besaßen noch 20 000 M. deutsches Geld. Zwei von ihnen haben wegen Falschmünzhandels und Handtaschenraubes schon früher die Bekanntheit der Kriminalpolizei gemacht. Das Kleblatt ist wahrscheinlich zwischen den deutschen Wechselstuben umhergependelt, um überall mit diesem Trick zu arbeiten.

## Ueberechnung von Fernsprechngebühren.

Erstmalig werden jetzt die Fernsprechngebühren unter Hinzurechnung der Zuschläge für Gesprächsverbindungen im Ortsverkehr, letztere zunächst für die Monate Oktober und November 1921, erhoben. Wie vorausgesetzt wurde, kommen von zahlreichen Seiten Klagen über Zusatzforderungen nach dem Zählsystem. Dort, wo von Fernsprechnnehmern mit geringem Sprachvermögen jedes Gespräch notiert wurde, hat die Postverwaltung, wie man überall hört, ein Mittel bis ein Drittel mehr Gespräche berechnet als geführt worden sind. Es müssen also entgegen der offiziellen Andeutung viele falsch- und Doppelmeldungen sowie vor allem solche, bei denen der angegriffene Teilnehmer sich nicht meldete und daher ein Gespräch nicht zustande kam, mitgezählt worden sein. Proteste im einzelnen Fall haben keinen Zweck. Gerade darin liegt das Bedenkliche eines so Teilnehmers nicht nachkontrollierbaren Zählsystems. Die Fernsprechnverwaltung erklärt natürlich, sie habe richtig, die Teilnehmer jedoch falsch gezählt, und es wird dann für die Zurückweisung des Erhaltungsantrages sogar noch eine besondere Schreibgebühr erhoben. Ein eigene Zählapparate, die von der Postverwaltung anerkannt werden, einzubauen zu lassen, acht auch nicht, weil es zu viel Geld kostet. Man ist also den amtlichen Zählern hilflos ausgeliefert.

## Gefälschte Ein- und Ausfuhrbewilligungen.

In Kürze wird sich vor der 13. Strafkammer des Landgerichts I ein interessanter Prozeß abspielen, der gerade ein Musterbeispiel für die Art und Weise ist, wie sich unter der Zwangsverwaltung selbst angelegene Firmen und Kommunen über die Bestimmungen des Kommissars für die Ein- und Ausfuhr hinwegzusetzen suchen. Der Fall liegt folgendermaßen dar: Der Angeklagte v. Gutzeit, der gewerbetätig die Vermittlung von Geschäften und Beschaffung der hierfür erforderlichen Papiere betreibt, war mit dem Stein-drucker im Reichsarbeitsministerium, Arthur Bunte aus Charlottenburg, befreundet. Eines Tages äußerte Bunte, er habe einen Freund an der Hand, der Ein- und Ausfuhrbewilligungen schnell und sicher beschaffen könne. Gutzeit beschloß sich daraufhin eine Reihe von Ein- und Ausfuhrbewilligungen, die jedoch weder Unterschrift noch Stempel besaßen. Bunte, der seinerseits mit dem Reichsgerichtlicher Wilhelm Brauns eng befreundet war, übergab diesem nun die Formulare und Brauns stellte zusammen mit Bunte die notwendigen Unterschriften.

Bei dem Versuch, einen ganz großen Coup zu machen, wurden die drei Angeklagten dann von ihrem Schicksal ereilt. Ein Kaufmann Wendt wünschte eine Einfuhrbewilligung für 6000 Tonnen holländischen Jutes zu erhalten. Gutzeit wollte sich anheißig, diese Papiere zu besorgen und verlangte eine Provision von 25 Tg. pro Kilogramm. Insgesamt sollte Gutzeit entsprechend dem Wert der Einfuhrware 1 1/2 Millionen Mark erhalten. Tatsächlich ließ Gutzeit sich eine Abschlagszahlung von 300 000 M. zahlen, die er mit seinen beiden Helfern teilte. Am November 1921 übergab v. Gutzeit dem Kaufmann Wendt die Einfuhrbewilligung. Die Firma Wendt stellte jedoch fest, daß die Stempelunterschriften gefälscht waren und wandte sich an die Berliner Kriminalpolizei, die im Kaffe-Korps die drei Täter verhaftete.

Amsteltagefahrten der Berliner Straßenbahn gelten auch für die Rückfahrt. Der letzte Berliner Strahl hat der Straßenbahn einen Einnahmehörsatz von 20 Millionen Mark gebracht und auch der neue Tarif wirkt weitgehend auf die Einnahmen. Deshalb macht die Straßenbahn jetzt darauf aufmerksam, daß die 2-Mark-Tarife gar nicht so bescheiden sind, denn sie lösen Amsteltagefahrten zu 3,50 M. je Tag auch für die Rückfahrt gelten; die Fahrt koste also eigentlich nur 1,75 M., wenn die Rückfahrt binnen zwei Stunden — genau nimmt man es damit nicht — angefahren wird.

Gand und Raues Rudmann denken an ihren letzten Probenabend am Sonntag, den 19. Februar, im Rheinischen, Straßer Straße 33, Berlin und Frau von Emden, Berlin, Milano, Genne, Villenron und weitere Talisanten zu besetzen.

Der scheidende scheidende Ausschuss hat Freitag, 7. Uhr abends im Reichstag (Gebäude) seine Generalversammlung abgehalten.

Das Jugendamt des Reichsanwalts wird Sonntag, den 19. Februar d. J. abends 7 Uhr, in der Aula der Westpreussischen Siemsen-Realschule, Badstr. 21, seinen ersten Anstaltstag abhalten.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Morgen, Freitag, den 17. Februar:

12. Uhr (nicht 13.) P. U. U. Reichstagsversammlung im Reichstagsgebäude, Sitzungssaal des Reichstags und Reichstagsverwaltung, Hof, Senatsgebäude, Einladungen erforderlich.

# Gewerkschaftsbewegung

## Ueberstunden und Achtstundentag.

### Urteil einer holländischen Regierungskommission.

Der Tiefstand der Markt hat insbesondere in den letzten Monaten eine Hochkonjunktur der deutschen Industrie hervorgerufen. Die deutsche Industrie hat geringere Produktionskosten, sie kann infolgedessen zu billigeren Preisen liefern als ihre Rivalen. Die Unternehmer in den anderen Industriestaaten, z. B. in Frankreich, Belgien und der Schweiz, haben nun als Ursache der erfolgreichen Konkurrenz mit zielbewusster Einseitigkeit die Richtereinhaltung des Achtstundentages in Deutschland hingestellt und die Gelegenheit benutzt, in ihren Ländern Sturm zu laufen gegen den Achtstundentag. Die von den deutschen Arbeitern geleisteten Ueberstunden wurden für die schlechten Geschäfte der Industrien in den anderen Staaten sowie für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Wenn aber in Deutschland, das ohnehin in bezug auf die Produktionskosten am günstigsten gestellt ist, der Achtstundentag in weitestgehendem Maße durchbrochen werde, so müßte man erst recht für die Länder mit höherer Wäluausnahme von der Regel zugestehen.

Dieses Argument wird durch den Bericht einer Kommission entkräftet, die die holländische Regierung im Dezember 1921 nach Deutschland geschickt hat, um eine Untersuchung über die Arbeitszeit in der deutschen Industrie anzustellen. Mitglieder dieser Kommission waren ein Arbeitsinspektor, drei Vertreter der Arbeitgeber, ein Vertreter der freien und ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften. Die Kommission hat sich in 22 Städten an 127 verschiedenen Stellen persönlich informiert. In zehn Fällen hat sie sich an amtliche Organe, Arbeitsinspektoren usw. gewandt; in 26 Fällen an Arbeitgeberverbände, in 49 Fällen an Gewerkschaften; außerdem besuchte sie 42 Fabriken.

Bei den Ermittlungen in den Fabriken fanden im allgemeinen nicht nur Besprechungen mit der Direktion statt, sondern auch mit dem Vorsitzenden des Betriebsrates.

Die Untersuchung galt besonders folgenden Industriezweigen: Der Metall-, Holz- und Textilindustrie sowie dem Buchdruck- und Buchbindereigewerbe. Außerdem wurden Informationen über die Arbeitsdauer in Ziegeleien, Glasfabriken, in der Chemischen Industrie, im Bekleidungs- und Lederhandwerk, in Zuckerraffinerien und Brotbäckereien eingeholt.

Natürgemäß handelt es sich bei dieser Untersuchung nur um Stichproben. Aber nach Ansicht der Kommission waren dieselben zahlreich und zuverlässig genug, um ein allgemeines Urteil über die Praxis der Beschränkung der Arbeitszeit in Deutschland formen zu können.

In ihrem Bericht geht die Kommission aus von der Verordnung des Rates der Volkskommissare „über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter“ vom 23. November 1918, durch die der achtstündige Arbeitstag in Deutschland eingeführt worden ist und untersucht ihre Durchführung. Die Kommission erklärt, daß diese Verordnung nicht nur von dem Wunsch beherrscht wird, den Arbeitstag zu kürzen, sondern, daß sie auch als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen soll.

Bei Anträge wegen Ueberarbeit komme der Stand des Arbeitsmarktes in Frage. Es bedürfe einer Erklärung des Arbeitnehmers, daß genügend brauchbare Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen, weiter aber sei das Urteil des Betriebsrates für die Erlaubnis zu Ueberstunden von großer Bedeutung. Lehne dieser die Erlaubnis ab, werde sie von der Gewerbeaufsicht selten oder nie gegeben, um Konflikte zu vermeiden. Selbst aber wenn der Betriebsrat die Ueberarbeit bewilligt hat, komme es vor, daß die Gewerbeaufsicht Gesuche um Ueberstundenbewilligungen ablehnt, da die Arbeiter sich mitemanter, um mehr zu verdienen, zu Ueberstunden bereit fänden, während die Lage der Industrie insgesamt hinsichtlich der Arbeitslosigkeit solche nicht wünschenswert erscheinen lasse.

Weiter wird auf den Einfluß der Gewerkschaften durch ihre Tarifverträge auf die Bewilligung von Ueberstunden verwiesen, die in einigen Tarifverträgen prinzipiell verboten ist oder der Zustimmung der Gewerkschaft bedarf.

„Im Prinzip lehnen die Gewerkschaften alle Ueberstunden ab, weil sie fürchten, daß zeitliche Zugeständnisse zu dauernden werden und die Aufhebung des Achtstundentages bedeuten.“

Gesuche um Bewilligung von Ueberstunden sind auf folgende Beweggründe zurückzuführen:

1. Unregelmäßigkeiten im Betrieb von vorübergehender Art. Diese Ueberstunden können zum großen Teil auf Grund der Bestimmung über Notstandsarbeiten geleistet werden. Die Unternehmer befinden darüber, wann sie erforderlich sind.

In diesem Fall sind weder Betriebsrat noch Gewerbeaufsicht zur Einmischung berechtigt. Trotzdem verhandeln viele Unternehmer auch in diesen Fällen erst mit dem Betriebsrat. Soweit die in den Ueberstunden geleistete Arbeit nicht als Notstandsarbeit bezeichnet werden kann, wird sie häufig vom Unternehmer nach Besprechung mit dem Betriebsrat angelehrt, aber ohne die Erlaubnis der Gewerbeaufsicht einzuziehen. Es handelt sich hier um eine beschränkte Anzahl Ueberstunden. Sie ermöglichen eine flotte Betriebsführung, ohne das Prinzip des Achtstundentages zu gefährden. Ueberdies bieten die Betriebsräte eine Bürgschaft gegen den Mißbrauch. Auch der starke Einfluß der Gewerkschaften in Deutschland wirkt in derselben Richtung.

2. Bei lebhaftem Geschäftsgang in der Saison wird begründeten Gesuchen um Bewilligung von Ueberstunden von der Gewerbeinspektion im allgemeinen stattgegeben.

3. Wenn dringende ausländische Aufträge vorliegen, werden gern Ueberstunden bewilligt. Im letzten Quartal 1921 war das der Fall. Im Zusammenhang mit dem plötzlichen Marktwortum es zu einer günstigen Konjunktur. Die Arbeitslosigkeit nahm ab. In einer Reihe bedeutender Industriezweige kam es zu mehr oder weniger regelmäßigen Ueberstunden. Im allgemeinen werden nicht mehr als 5-10 Ueberstunden wöchentlich zugestanden und für höchstens vier Wochen nacheinander (allerdings kann der Termin verlängert werden). Im allgemeinen ergibt die Kommission den Eindruck, daß in Mittel- und Großbetrieben nicht viel un-erlaubte Ueberstunden gemacht werden.

Diese Ueberstunden werden bei Verschlechterung der Konjunktur automatisch verschwinden.

Von besonderer Bedeutung ist, daß gerade der Beweggrund, der in Holland (und anderen Ländern mit guter Wäluausnahme) „besonders aktuell geworden ist“, in Deutschland bei Gesuchen um Ueberstunden keine Rolle spielt: „Die Verlängerung der Arbeitszeit, um zu einer Herabsetzung der Produktionskosten zu kommen, ist in Deutschland bei der jetzigen Konjunktur naturgemäß noch ganz unbekannt. Man ist in Deutschland noch ganz im Stadium der Inflation des kurzfristigen und andauernden Preissteigerungen; diese Verhältnisse bieten vollauf Gelegenheit zu Konjunkturgewinnen. Es kommt sogar vor, daß die Unternehmer für Ueberstunden mehr bieten als die durch Tarifverträge festgesetzten Zuschläge, um damit den Widerstand der Gewerkschaften gegen Ueberstunden zu brechen.“

Die holländische Kommission untersucht dann noch im einzelnen die Arbeitszeit in verschiedenen Industrien und faßt ihre Eindrücke folgendermaßen zusammen:

Die normale wöchentliche Arbeitszeit, die bestimmend ist für das Lohnniveau, in den Produktionskosten, beträgt in Deutschland mit einigen Ausnahmen, die jedoch im gleichen Umfang auch in Holland vorkommen, nicht mehr als 48 Stunden, also höchstens wöchentlich drei Stunden länger als in Holland. In einigen bedeutenden Industriezweigen ist diese Arbeitszeit jedoch um 1 1/2 bis 3 Stunden verlängert.

Infolgedessen ist die normale Arbeitszeit in der Holzindustrie in den großen Städten nur 46 Stunden pro Woche; in der Metallindustrie in Berlin 46 1/2 und in Sachsen und Süddeutschland 46 Stunden pro Woche; und in der gesamten Textilindustrie, mit Ausnahme von der im besetzten Gebiet, 46 Stunden wöchentlich. Ein großer Teil der deutschen Metallindustrie und so gut wie die ganze Textilindustrie arbeitet also normal 1 1/2 bis 2 Stunden pro Woche kürzer als jetzt in Holland geschieht.

Diese Ansichten werden auch von anderer Seite bestätigt. In einem Brief an den „Nieuwe Rotterdamse Courant“ (21. Januar 1922) erklärte ein Einfuhrer, daß er bei seinen letzten Besuchen in Deutschland mit den Direktoren verschiedener Fabriken auf seine Frage nach dem Geist unter den Arbeitern stets die Antwort erhalten habe: sie arbeiten 8 Stunden, aber es wird auch gearbeitet.

Die Behauptung, daß in Deutschland der Achtstundentag nur zum Schein durchgeführt werde, hat den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund veranlaßt, eine Untersuchung darüber anzustellen. Für 22 Bezirke und 29 Orte in allen Bezirken Deutschlands stellte er fest, daß bei einer Gesamtzahl von 1 389 413 Beschäftigten 601 394 „das Höchstmögliche“ an Arbeitszeit (48 Stunden) arbeiten; dagegen 787 819 unter 48 Stunden.

Die deutschen Gewerkschaften sind nicht nur grundsätzliche Gegner von Ueberstunden, sie sind auch, besonders in der jetzigen wirtschaftlichen Lage gegen sie, denn sie sind davon überzeugt, „daß der gegenwärtige flotte Geschäftsgang nicht lange mehr anhalten wird, und sie sind natürlich bestrebt, die unvermeidlich folgende Krise so lange wie möglich hinauszuschieben“.

## Dienstzeit oder Arbeitszeit.

Das Kreisen der Reichseisenbahnbeamten wurde der BE-Korrespondenz mitgeteilt: „Der Grundgedanke des Achtstundentages war nicht etwa der, daß der Mensch acht Stunden am Tage arbeiten müsse, sondern vor allem der, daß er 16 Stunden am Tage zu eigener Verwendung für Schlaf und Erholung übrigbehalten müsse. Neuerdings beginnt man unter dem Druck der nationalen Not einer Verlängerung der Arbeitszeit das Wort zu reden. Es sind Arbeitszeitgesetzentwürfe in Vorbereitung, welche neben dem Begriff Arbeitszeit den zweiten Begriff Dienstzeit setzen. Parlamentarier sowohl wie eine Reihe von Zeitungen haben wiederholt in jüngster Zeit die Ansicht verteidigt, der Achtstundentag könne nur so verstanden werden, daß unter diesen Begriff die Zeit der reinen Arbeitsleistung zu rechnen sei. Dadurch gelangte man zur Heraushebung von Dienstbereitschaftszeiten, wie sie bei gewissen Berufsgruppen unvermeidlich sind und bisher „schematisch“ in den Achtstundentag mit eingerechnet wurden. Man verlangt nun von den betroffenen Berufsgruppen, z. B. Bahnwärttern, Lokomotivführern, Zugpersonalen und ähnlichen Arbeitnehmern, daß sie mit der Anrechnung der wirklichen Arbeitsstunden und der Nichtanrechnung der Bereitschaftszeiten einverstanden sein sollen. Viele Bedenken sind im ersten Augenblick sehr bestechend. Jeder Nichtschaffmann wird sich sagen, daß in den Stunden, während ein Bahnwärter beispielsweise zwischen zwei Zügen in seiner Bude die Zeitung lesen kann, tatsächlich keine Arbeit geleistet wird. Versteht man sich dagegen in die Lage dieses Bahnwärters, und stellt man sich vor, daß einem solchen Beamten auf wenig befahrenen Strecken im Laufe des ganzen Tages nach diesem Rezept allenfalls zwei bis drei Stunden Arbeitszeit angerechnet werden könnten, so ersieht man, daß hier ein ungesundes und gefährliches Spiel mit den Begriffen Dienstzeit und Arbeitszeit getrieben wird. Der Achtstundentag soll, wie gesagt, in erster Linie dem Arbeitnehmer nicht eine maximale Dienstpflicht, sondern vielmehr eine Mindestfreizeit garantieren. . . Ungerecht wäre es, nur einige wenige Berufe zur Herabgabe eines beträchtlichen Teiles ihrer persönlichen Erholungszeit zwingen zu wollen. In einem sächsischen Staat werden beispielsweise die Bahnwärter während des Dienstbereitschaftszeiten ihres Achtstundendienstes mit Besenbindern für die Eisenbahnverwaltung beschäftigt. Dies ist ein gesundes Prinzip, gegen welches niemand etwas einwenden kann. Es muß unbedingt Sache des Arbeitgebers, sei es nun der Staat oder eine Privatfirma, sein, diejenigen Kräfte, deren Bereitschaft unvermeidlich ist, entweder während der Bereitschaftszeiten anzuwenden zu beschäftigen oder, wenn dies nicht geht, ihm die Bereitschaft, die ja ein Opfer der persönlichen Zeit darstellt, ebenso als volle Arbeitszeit zu bezahlen. In der Rede eines Abgeordneten wurde unlängst die Behauptung aufgestellt, daß in extremen Fällen manche Lokomotivführer von den vorchriftsmäßigen 208 Stunden monatlich nur 70 bis 80 Stunden ihr Amt wirklich ausüben und die übrige Zeit nur in Bereitschaft sind, also nichts zu tun haben. Abgesehen davon, daß solche extremen Fälle niemals vorkommen, vergißt der Vertreter dieser Richtung, daß der Dienst des Lokomotivführers nicht nur während der Fahrt eines Zuges ausgeübt wird, sondern jedesmal 1 1/2 Stunden vor dem Fahrtbeginn anfängt und nachher mindestens noch eine Stunde für Restaurieren der Lokomotive gebraucht wird. Der Begriff Dienstbereitschaft würde auch alle Ärzte, welche in Sanitätswachen

Nachdienst tun und in manchen Nächten überhaupt keine „Arbeit“ erhalten, schwer treffen ebenso zahlreiche Leute, die als Bäcker in Geschäftsräumen, als Hotelportiers oder in Apotheken als Nachprovisoren Bereitschaftsdienst tun.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Spaltung des Normalarbeitertages in zwei Begriffe Arbeitszeit und Dienstzeit ein verfehlter gewerkschaftlicher Gedanke ist. . .

Die hier vertretenen Auffassungen über die Unzulässigkeit der „Dienstbereitschaft“ teilen wir durchaus und haben wir von vornherein vertreten. Wenn jedoch in dieser Hinsicht der Achtstundentag für die „Dienstbereitschaft“ hergegeben wird, indem man einer allgemeinen Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit um „eine halbe Stunde pro Arbeitstag“, oder „auch nur um 10 Minuten“ zustimmen würde, um den Fortfall der „Dienstbereitschaft“ zu erzielen, so zeugt dies lediglich für die Sonderstellung der Reichsgewerkschaftskreise.

Der Tarifabschluß der Buchbinder war Gegenstand einer Branchenversammlung die am Mittwoch im Gewerkschaftshaus tagte und in der Uzerich referierte. Er führte aus, daß die Unternehmer die alte Verschleppungstaktik immer wieder anwenden. Verschiedene Großdruckereien geben sich alle Mühe, die Lohnsätze zu unterbinden. Den Forderungen der Arbeiterschaft nach einer Lohnhöhung von 60 und 50 Mark für Arbeiter und Arbeiterinnen stellte, die Unternehmer ein Angebot von 60 und 50 Mark für Männer und 40 Mark für Frauen gegenüber. Der Redner erklärte, dieses Angebot nicht zur Annahme empfehlen zu können. Nach langer Diskussion lehnte die Versammlung das Angebot der Unternehmer ab.

Deutscher Metallarbeiterverband. Allgemeine Versammlung aller in Buchbinderei beschäftigten Buchbinder und technischen Angestellten Sonnabend, 1/2 Uhr, im Restaurant Handelsstraße, Telebrücke 18.

# Wirtschaft

Keine Herabsetzung des Zinsfußes der 5proz. Reichsanleihe. Mit großer Hartnäckigkeit wird das falsche Gerücht von einer Herabsetzung des Zinsfußes der 5proz. Reichsanleihe (Kriegsanleihe) verbreitet. Diese unwahren Ausstellungen tragen namentlich eine Beunruhigung in die Sparschatkassen hinein. Wir geben daher einen Bescheid der Reichsanleihe-Aktien-Gesellschaft bekannt, der wörtlich lautet: „Wir können Ihnen mitteilen, daß die zur Fortsetzung unserer Aufnahmefähigkeit erforderlichen Mittel in genügendem Maße bereitgestellt sind und daß eine Herabsetzung des Zinsfußes — von der vielerorts gerüchtweise verlautet — nicht beabsichtigt ist. Zu den Gerüchten über eine Herabsetzung des Zinsfußes hat der Herr Reichsminister der Finanzen in neuester Zeit wieder erklärt, daß eine solche Herabsetzung nach den Anleihebedingungen bis zum 1. Oktober 1924 ausgeschlossen ist und auch von diesem Zeitpunkt ab nur im Wege eines besonderen Gesetzes und allein auf der Grundlage erfolgen könnte, daß demjenigen Besitzer, die mit der Zinsermäßigung nicht einverstanden sind, die Einlösung der Stücke zum Nennwert angeboten wird. Wir sind ermächtigt, von dieser Erklärung im Interesse der Beruhigung des Publikums jeden geeigneten Gebrauch zu machen.“

Freigabe von Verbrauchszucker. Durch die Zuckerrückstellungen sind jetzt annähernd acht Millionen Zentner Verbrauchszucker zur Lieferung März-April-Mai-Juni freigegeben worden. Der Preis wurde auf 650 M. je Zentner ohne Sach frei Magdeburg festgesetzt. Darin ist die Erhöhung der Verbrauchszuckerabgabe noch nicht eingeschlossen. Durch diese Freigabe erhöht sich die gesamte freigegebene Verbrauchszuckermenge auf annähernd 18 Millionen Zentner, so daß für später noch annähernd sechs Millionen Zentner zum Verbleiben bleiben.

Eine Van-Aktiengesellschaft in Petersburg. Die Peterburger Gouvernements-Verwaltung hat die Statuten einer Petersburger Van-Aktiengesellschaft bestätigt, die sich mit dem Wiederaufbau Petersburgs befassen soll. Die Höhe der Aktie beträgt 1000 Goldrubel. Zur aktiven Teilnahme an der Gesellschaft sollen ausländische Großkapitalisten herangezogen werden.

Die Lieferungen von Lokomotiven an Sowjet-Rußland. Die Prof. Lomonosow, der sowjetrussische Bevollmächtigte zum Ankauf von Eisenbahnmaterialeisen im Auslande, Professor Petter erklärt, sind bisher aus Deutschland und Schweden 200 Lokomotiven in Rußland eingetroffen und in Betrieb genommen; bis zum Juni d. J. sollen weitere 825 geliefert werden.

Bezeichn. für den behalt. Zeit: Franz Röhre, Berlin-Wilhelmsberg; für Anzeigen: H. Giese, Berlin, Verlag Hermanns-Berlag G. m. b. H., Berlin, Strauß; Hermanns-Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.

## Gewinn-Auszug

19. Preuß.-Stätt. (245. Preuß.) Maschinen-Potterrie  
3. Klasse. 2. Jahrgang. 15. Februar 1922.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Cine Gewinne.	Radzahl derselben.
In der Gesamtziehung wurden Gewinne über 300 Mark gezogen.	
2 zu 50000 M 144757	
2 zu 5000 M 154855 164849	
2 zu 2000 M 119454 175583 249973	
2 zu 1000 M 14 31231 185144 296758	
24 zu 500 M 4399 79130 84994 182658 140977 224882 287789	
243096 149503 280371 232315 282909	
In der Nachziehung wurden Gewinne über 100 Mark gezogen.	
2 zu 175000 M 289407	
2 zu 40000 M 27749	
2 zu 20000 M 228256	
2 zu 10000 M 200391	
4 zu 5000 M 33776 80790	
4 zu 3000 M 121484 161876	
18 zu 1000 M 3016 76906 79716 122206 147076 186731 191876 201818	
204620	
27 zu 500 M 60624 139219 142096 181201 167759 228306 260368 260798	
260970 180074 199451	

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den hiesigen Lotterien-Einnahmestellen zur unentgeltlichen Einsicht ausliegen.

**Gurkofix**  
feinst. Gurkensalat  
Überall erhältlich!  
Carl Timmer, u. Konservenfabrik  
Berlin, Büschlagstr. 6

**Gold-, Silber-, Platin-**  
Zahngelisse, Brillanten  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**Bick** Invalidenstr. 144  
Andreasstraße 37

**GOLD-**  
Silber-  
Platin-  
kauft  
Gotzkowskystr. 13

**Boten**  
14-16 Jahre alt,  
mit eigenem Plab  
betragt  
**Vorwärts-**  
Verlag  
Eindendstr. 3.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!  
Als Selbsthersteller  
bessere ich in Qualität  
und Preise einzig da-  
stehende  
**Trauringe**  
1 Ring, Dukalergold, von 200,- an  
1 Ring, 505 gestempelt, von 180,- an  
1 Ring, 333 gestempelt, von 70,- an  
Garantierchein für gesetzliches Goldhalt.  
Ausführlicher Katalog gratis!  
**H. Wiese, Juwelier**  
Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12  
5 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl. Nähe Zoo  
Telephon: Norden 1030. — Handelsgerichtlich eingetragene Firma.

**Neukölln-Möbel-Vertrieb**  
Ludwig Rogasner  
Kaiser-Friedrich-Straße 60  
Ecke Anzengraberstraße  
Spezialität:  
**Schlafzimmer**  
Küchen  
Beacht. Sie m. Quant. u. Preis

**Metal-Bettstellen**  
Kinderwagen  
Bettfedern  
Korbmöbel  
Fürst-Neukölln  
Hermannstr. 38  
E. Mahlowstr.  
Fabr. f. Ruhebett, Aufgemaßratz. u. Feldbettstell.  
Fabrikpreise. Lieferung in Neukölln und an-  
grenzende Gegend frei Haus.

**Seiterwagen**  
u. alle and. Trans-  
portgeräte liefert  
billigst.  
Großer Vorrat.  
Georg Wagner  
Cöpenicker Str. 71  
Kein Ladengesch.

HELENE SIMON  
**Wohlfahrtspflege**  
2,50 Mark  
Buchhandlung Vorwärts  
SW 68, Lindenstraße 2